Basler Mieterzeitung

Mieterinnen- und Mieterverband Basel 1891 www.mvbasel.ch 28.2020

NOCH HEUTE ABSTIMMEN UND WÄHLEN!

1. – 29. November: ‹WRFG› NEIN stimmen !

«Ich sage ‹WRFG› NEIN !, weil ich kein Bschiss-Gesetz will, sondern echten Wohnschutz !»

Schon vor 2 ½ Jahren setzte sich Heidi Mück tatkräftig für unseren Miet-Wohnschutz ein! (Titelseite BMZ 7.2018)

1. – 29. November: HEIDI MÜCK in die Regierung !
zusammen mit Kaspar Sutter (Regierung)
und Beat Jans (Regierungspräsidium)

WRFG NEIN!

Dr. Remo Gysin

*Nationalrat 1995-2007, Regierungsrat BS 1984-1992 **

Doppelpack!

«Am 29. November können wir mit einem NEIN zum «Bschiss-Gesetz» und mit einem Ja zu einem wohnfreundlichen Regierungsrat mit Heidi Mück, Beat Jans und Kaspar Sutter ein Doppelpack einfahren, das Mieterinnen und Mieter Ruhe und Sicherheit bringt.

Bezahlbare und auf Dauer sichere Wohnungen sind keine Selbstverständlichkeit. Massenkündigungen und Mietzinswucher sind im ganzen Kanton in allen Quartieren beobachtbar.

Spekulation und Renditenmaximierung brauchen Gegenkräfte: Mieterinnen und Mieter, die sich wehren. Soziale Vermieter, die mit Massnahmen der Wohnbauförderung unterstützt werden. Politikerinnen und Politiker, die sich für den Wohnschutz und für ein wohnliches Basel einsetzen.

Heidi Mück ist eine solche Kraft. Sie hat dies während Jahren im Vorstand des Basler Mieterinnen- und Mieterverbandes bewiesen und tut dies bis heute als engagiertes Mitglied der Kantonalen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten. Heidi kennt die Sorgen der Mieterinnen und Mieter und wird als Regierungsrätin zusammen mit Kaspar Sutter und Beat Jans zum Wohnen Sorge tragen.»

** Regierungspräsident 1988/89*

MV BASEL 1891

1. – 29. November 2020: KEIN Wohnraumfördergesetz OHNE Wohnschutz

MV Basel-Mitglieder wählen HEIDI MÜCK in die Regierung

Sarah Wyss

Grossrätin und neu Nationalrätin

«Die im Jahr 2018 glanzvoll gutgeheissene Wohnschutzinitiative ist für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum von grosser Bedeutung. Das bürgerliche Parlament weigerte sich jedoch, die Initiative nach dem Volkswillen umzusetzen.

Die jetzt vorliegende Umsetzung ist zahnlos und muss mit einem klaren NEIN bekämpft werden, damit wir einen Wohnschutz mit Zähnen erhalten. Denn die Mehrheit der Baslerinnen und Basler erhält mit den jetzt vorliegenden Änderungen keinen Schutz vor Massenkündigungen und übermässigen Mietzinserhöhungen mit dieser Umsetzung!

Zusammen mit dem Referendum, welches nun zur Abstimmung kommt, ist auch die Initiative für echten Wohnschutz eingereicht worden. Ein Umsetzungsvorschlag steht noch aus. Und für diese Umsetzung brauchen wir eine mieterfreundliche Regierung.

Auch deshalb wähle ich Heidi Mück und Kaspar Sutter in den Regierungsrat und Beat Jans ins Regierungspräsidium.»

Kaspar Sutter

Grossrat, Kandidat für Regierungsrat BS

«Wohnen ist für die Menschen von elementarer Wichtigkeit. Deshalb wollen wir im Kanton Basel-Stadt für neue und für bezahlbare Wohnungen sorgen, und wir möchten die Mieterinnen und Mieter schützen.

Die Basler Stimmbevölkerung hat dieses Ziel mit der hohen Zustimmung zur Wohnschutz-Initiative sehr deutlich eingefordert. Die bürgerlichen Parteien haben sich aber geweigert, diese Initiative umzusetzen.

Das neue WRFG erreicht den Schutz der Mietenden nicht, und die Verdrängung durch Massenkündigungen wird weiter an der Tagesordnung bleiben. Deshalb haben der MV Basel, die SP und die Basler Seniorenkonferenz gemeinsam mit weiteren Organisationen das Referendum gegen dieses ungenügende Gesetz ergriffen.

Wir sagen klar NEIN zu diesem unwirksamen WRFG, welches die Mietenden im Regen stehen lässt.

Für eine soziale Wohnpolitik in Basel-Stadt brauchen wir aber nicht nur ein Nein gegen dieses Gesetz, sondern auch eine Regierung, die sich für bezahlbares Wohnen einsetzt. Dafür werde ich mich gemeinsam mit Heidi Mück, Tanja Soland und Beat Jans engagieren.»

Alexandra Dill

Grossrätin

«Am 10. Juni 2018 stimmten 62 % der Basler Stimmbevölkerung klar für die Wohnschutzinitiative des Basler Mieterinnen- und Mieterverbands. Doch die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat hat nun ein Gesetz durchgeboxt, das nicht mal einen Drittel aller Wohnungen schützt: nur die günstigere Hälfte aller Wohnungen und nur Bauten mit sechs oder mehr Wohnungen.

So fallen z.B. eine Dreizimmerwohnung, die 1270 Franken pro Monat kostet, sowie verbreitete Basler Wohnhaustypen wie die Baumgartnerhäuser bereits nicht mehr darunter. Ein Wohnschutz also, der gar keiner ist. Gegen Verdrängung durch Massenkündigungen und Teuersanierungen bleibt das Gesetz wirkungslos. Deshalb Nein zur Änderung des WRFG am 29. November!

Um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, braucht es im Regierungsrat Menschen, die klar für den Schutz der Mieterinnen und Mieter einstehen: Dies sind Heidi Mück und Kaspar Sutter. Und mit Beat Jans als Regierungspräsident erhält Wohnen den richtigen Stellenwert.»

Impressum
Basler Mieterinnen- und Mieterverband (MV Basel 1891 am Claraplatz), Pf 396, 4005 Basel;
Bilder: Kenneth Nars, Fotograf, Basel; zVg;
Druck: Topsiebdruck, Münchenstein

WRFG NEIN!

MV BASEL 1891